



Wir haben die Verfassung, aber sie haben die Polizeigewalt

Die Deutsche Regierung hat ein großes Interesse daran, die Liste der sogenannten sicheren Herkunftsstaaten zu erweitern. Bei einem sicheren Herkunftsstaat wird davon ausgegangen, dass Menschen aus diesen Ländern kein Asyl benötigen, weil es da, wo sie herkommen sicher sei und sie wieder dorthin abgeschoben werden können. Auch Tunesien soll zukünftig ein „sicherer Herkunftsstaat“ werden. Menschenrechtsorganisationen widersprechen dem und prangern an, dass Tunesien für Oppositionelle, Frauen, Homosexuelle und andere, alles andere als ein sicheres Land sei. Damj – das heißt auf arabisch Inklusion – ist eine tunesische Nichtregierungsorganisation (NGO), die sich für die Rechte Homosexueller einsetzt. Am Beispiel der Situation der LGBTIQ Community wird im Gespräch von Julia Scheurer mit Rzouga Selmi deutlich, dass das Leben in Tunesien auch Unsicherheit bedeutet.

Kindergeschrei, Türengklapper. Rzouga Selmi, der in der Küche sitzt und konzentriert auf das Skype-Video schaut, versucht den Geräuschpegel im Hintergrund auszublenden. Es ist Ramadan, und wie jeden Abend ist Rzouga zum Fastenbrechen bei seiner Familie, bevor er sich später am Abend mit seinen Freunden verabreden wird. In diesem besonderen Gemisch aus Alltag und Ausnahmezustand sprechen wir über Tunesien, Rzougas Aktivismus für die Rechte Homosexueller, und den Versuch der deutschen Bundesregierung, Tunesien als sicheren Herkunftsstaat einzustufen.

Wir müssen uns einander nicht vorstellen. Ich habe Rzouga 2015 auf dem Weltsozialforum in Tunis getroffen. Da war er 20 Jahre alt und schon seit zwei Jahren Mitglied bei Damj, inzwischen ist er im Vorstand der Nichtregierungsorganisation.

Wo kommst du gerade her, wo wirst du nachher hingehen? Was unterscheidet das alltägliche Leben in Tunis von dem in Bochum oder Berlin?

Gerade ist Ramadan, da ist alles etwas anders, da wird deutlich, dass Tunesien ein arabisches Land ist. Das Leben spielt sich dann an den Abenden nach dem Fastenbrechen ab. Sonst ist das Leben für uns, die jungen Menschen, eigentlich gar nicht so verschieden vom Leben bei euch drüben. Zumindest gilt das für die Clubs. In den Clubs, oder sagen wir in 70 Prozent der Diskotheken, haben wir die Freiheit, so zu sein wie wir sind. Für draußen, für das Leben auf der Straße gilt das zwar nicht, aber drinnen, an Orten wie den genannten, da gibt es Freiraum.

Was bedeutet das im Umkehrschluss für das Leben am Tag, auf den Straßen, für Menschen, die homosexuell sind – oder in ihrer Orientierung von der Norm abweichen – und als solche identifiziert werden?

Alleine beim Verdacht, dass du homosexuell bist, kann es sein, dass du im Café nicht bedient wirst, oder dass du rausgeworfen wirst, dass sie dich auf dem Markt nicht einkaufen lassen. All diese Sachen. Und ich muss ja nicht erwähnen, dass Homosexualität laut Gesetz unter Strafe steht. Das bedeutet bis zu drei Jahren Gefängnis, wenn sie dich erwischen. Ein Beispiel: In letzter Zeit wird vermehrt bei Menschen aus der LGBTIQ-Community eingebrochen. Wenn die geschädigte Person dann die Polizei ruft, und der Täter sogar gefasst wird, dann passiert Folgendes: Die Person, die eingebrochen hat, versichert, es sei ein politischer Akt gewesen, um dem Homosexuellen eine Lehre zu erteilen.

.....
Sicherer
Herkunftsstaat
Nicht zu verwechseln mit „Sicheren Drittstaaten“. 1993 in Kraft getreten, definiert der Gesetzgeber als sichere Herkunftsstaaten solche Nationen, in denen er davon ausgeht, dass keine politische Verfolgung stattfindet, und lehnt dementsprechend Asylanträge von Geflüchteten aus den entsprechenden Staaten ab. Derzeit handelt es sich hierbei um die Staaten der EU, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Serbien, Montenegro, Albanien, Kosovo, Ghana und Senegal. Insbesondere in den letzten acht Staaten hat der Gesetzgeber vermutlich noch nicht gelebt.
.....

Darauffin wurde dann mehrfach die Person, bei der eingebrochen wurde, anstatt des Kriminellen verhaftet! Homosexualität steht ja schließlich unter Strafe. Ob jemand auch wirklich homosexuell ist, wird dann durch den Analtest festgestellt, der eigentlich durch die Verfassung und das Recht auf körperliche Integrität nicht mehr erlaubt ist. Aber die traurige Wahrheit ist: Wir haben die Verfassung und sie haben die Polizeigewalt. Da ist also einerseits die Diskriminierung qua Gesetz, durch den Artikel 230 des Strafgesetzbuches, der unverändert seit seiner Einführung 1913 besteht und andererseits die Diskriminierung durch die Gesellschaft, die uns im Alltag ausschließt und beschimpft.

Mit der NGO Damj kämpft ihr gegen diese Stigmatisierung und für eine gerechte Gesellschaft gleichberechtigter Bürger und Bürgerinnen. Seid ihr in diesem Unterfangen allein?

Wir sind nicht die einzige NGO, die sich in Tunesien für sexuelle Minderheiten einsetzt. Vor einigen Jahren war es noch schwieriger. Noch 2008 bekamen wir für Damj keine Genehmigung uns als NGO für die Rechte der sexuellen Minderheiten zu registrieren. 2011 haben wir es dann noch mal versucht und waren erfolgreich. Wir konnten uns dann offiziell allerdings nur als Organisation für die Rechte von Minderheiten (und nicht von sexuellen Minderheiten) in Tunesien registrieren – so sind wir offiziell noch heute registriert. 2015 hat es *Shams*, eine uns sehr ähnliche Organisation, direkt geschafft, sich als Organisation für die Rechte sexueller Minderheiten registrieren zu lassen. Mittlerweile gibt es sechs oder sieben Gruppen,

die zu diesem Thema arbeiten, davon sind drei oder vier registriert. Im vergangenen Dezember haben wir uns zusammengetan und ein Kollektiv gegründet, das im Namen aller Mitglieds-NGOs für eine freie und gerechte tunesische Gesellschaft eintritt. Von den 32

Diskriminierung durch die Gesellschaft, die uns im Alltag ausschließt und beschimpft

Mitgliedsorganisationen arbeiten sieben zum Thema der Rechte der LGBTIQ-Community.

Du wechselst hier zwischen den Begriffen LGBTIQ-Community und „sexuellen Minderheiten“ – werden die Begriffe synonym verwendet?

Der Regierung gegenüber, oder im Radio, benutzen wir bewusst den Begriff „sexuelle Minderheiten“ anstatt des umfassenderen LGBTIQ Begriffs, der in der Community gebraucht wird. Wir wollen unsere Sprache der Regierung gegenüber möglichst einfach halten. Die Forderungen sollen im Vordergrund stehen, nicht die Begrifflichkeiten. Wir sind ja gerade dabei, das Thema der Homosexualität zu thematisieren! Es ist noch ein langer Weg hin zu all den anderen Aspekten, wie der Situation für Transsexuelle, Intersexuelle, Queers und vielen mehr, auf die auch aufmerksam gemacht werden muss.

Würdest du sagen, dass sich in den sechs Jahren, von der verweigerten Registrierung von Damj, bis zur Gründung des NGO-Kollektivs hinsichtlich der Situation der

LGBTIQ-Community in Tunesien vieles verbessert hat?

Sieh, es gibt in Europa dieses große Missverständnis darüber, was seit der Revolution hier passiert sei. Ja, einerseits gab es Veränderungen. Meinungsfreiheit ist möglich geworden, es ist viel einfacher geworden, bestimmte Dinge in der Öffentlichkeit zu sagen und damit ist auch Aktivismus einfacher geworden. Wir können heute auf den Straßen und im Radio über die Anliegen der sexuellen Minderheiten sprechen. Das Tabu ist gebrochen.

Die Allgegenwärtigkeit der Angst hat abgenommen. Aber damit hat sich das Leben für die LGBTIQ-Community nicht verbessert, hier herrscht das gleiche Ausmaß an Diskriminierung. Sowohl von Seiten der Regierung, als auch durch die Gesellschaft. Nur weil es möglich geworden ist, über bestimmte Missstände zu sprechen heißt das nicht, dass diese Missstände beseitigt worden wären. Das ist das große Missverständnis.

Worin liegt also der Fokus eurer politischen Arbeit?

Zunächst einmal versuchen wir, Kriminalisierungen und Übergriffe zu dokumentieren und darüber zu berichten. Das gelingt uns vor allem in Tunis, der Hauptstadt und in den Küstenstädten. In den kleineren, weiter von der Hauptstadt entfernteren Städten ist das schwieriger. Darüber hinaus arbeiten wir in Kooperation mit internationalen Organisationen an Petitionen und berichten der U.N. von den Geschehnissen in Tunesien. Wir haben kürzlich erst eine Petition mit *All Out!* gemacht, einer Organisation, die sich international für die Rechte der LGBTIQ-Community einsetzt. Und

.....
 LGBTIQ (auch
 LGBTQI)
 L-Lesbian: *Sich als weiblich identifizierende Person, die Frauen begehrt.*
 G-Gay: *Sich als männlich identifizierende Person, die Männer begehrt.*
 B-Bisexual: *Person, die sich sowohl zu Männern als auch zu Frauen hingezogen fühlt.*
 T-Trans*: *„Transvestiten“, „Transsexuelle“, „Transgender“ und „*“; Person, die das zugewiesene Geschlecht überschreitet. Ihre sexuelle Orientierung kann variieren.*
 I-Intersexuell: *Person mit Geschlechtsmerkmalen beider Geschlechter. Keine eindeutige Zuordnung zum binären Geschlechtersystem (männlich-weiblich) möglich.*
 Q-Queer: *Person ohne eindeutiger geschlechtlicher und sexueller Identität.*

natürlich wenden wir uns auch an die Regierung und arbeiten darauf hin, dass die Gesetze, die die sexuellen Minderheiten diskriminieren, abgeschafft werden.

Du weißt sicher von der Gesetzesinitiative der deutschen Bundesregierung, die zum Ziel hat, Tunesien, Algerien und Marokko als sichere Herkunftsländer einzustufen. Habt ihr speziell zu diesem Thema gearbeitet?

Ja, natürlich wissen wir darüber Bescheid. Die eben erwähnte Petition mit *All Out!* handelt von genau diesem Thema. Die Petition heißt „*Morocco, Tunisia and Algeria are #NOTSAFE. Germany: Don't send them back!*“ Mittlerweile haben fast 5000 Menschen diese Petition unterschrieben. Angesichts der Situation für sexuelle Minderheiten in der Region ist es absoluter Unsinn, diese Länder als sichere Herkunftstaaten zu bezeichnen.

Im deutschen Bundestag ist das Gesetz schon befürwortet worden, allerdings muss das Gesetz nun noch im Bundesrat verabschiedet werden. Die Abstimmung wurde mehrfach vertagt, da es momentan so aussieht, als gäbe es dafür überraschenderweise noch keine Mehrheit. Jetzt wird erst im Herbst entschieden. Nehmen wir an, das Gesetz wird dann doch noch verabschiedet, denkst du, das wird Auswirkungen auf die LGBTIQ-Community in Tunesien haben?

Ja, das wird sicher spürbare Konsequenzen für die LGBTIQ-Community haben. Für viele von uns ist die Flucht nach Europa, um dort Schutz zu suchen der Plan B, falls es hier zu brenzlich wird. Es wird vor allem fatale Folgen haben für die Tunesierinnen und Tunesier, die schon in Deutschland sind, die dort aufgrund ihrer sexuellen

Orientierung Asyl beantragt haben. Mit dem neuen Gesetz werden sie kaum Chancen haben, in Deutschland zu bleiben. Wenn die nun abgelehnt und nach Tunesien abgeschoben werden, wird das übel ausgehen. Die Polizei wird sie hier direkt in Empfang nehmen und mit ihren Verhörmethoden ausfragen, warum sie Asyl beantragt haben. Sie werden den Analtest machen und danach kommen sie direkt ins Gefängnis. Drei Jahre Knast. Die Menschen werden trotzdem ihren Plan B brauchen. Die Zielländer werden sich wohl einfach verschieben und anstatt in Deutschland werden sie dann beispielsweise in den Niederlanden Asyl beantragen. Der Grund für das Asyl verschwindet ja nicht mit der deutschen Entscheidung, dass Tunesien jetzt ein sicherer Herkunftsstaat sei.

Was würdest du den Leserinnen und Lesern, und was würdest du der deutschen Regierung gerne noch mit auf den Weg geben?

Wenn ihr euch fragt, ob Tunesien ein sicherer Herkunftsstaat ist, dann schaut einfach ins tunesische Gesetz, das reicht schon. Nehmt Kontakt mit der tunesischen LGBTIQ-Community auf und fragt einfach nach. Die deutsche Regierung hatte komischerweise verschiedene Vertreterinnen und Vertreter genau dieser Community vor einigen Monaten ins Auswärtige Amt nach Berlin eingeladen, damit wir über die Situation vor Ort berichten. Auch gerade angesichts dieses Treffens ist die Entscheidung des Bundestags wirklich nicht nachvollziehbar. Sie wussten alles.<



Rzouga Selmi
ist 21 Jahre alt und studiert in Tunis
Literatur. Noch hat er sich nicht entschieden, ob er seinen Fokus auf arabische, französische oder englische Literatur legen wird.
Als Vorstandsmitglied von Damj hat er noch ein großes Stück Arbeit vor sich, bevor Plan B, die Asylantragsstellung in Deutschland oder anderen Ländern, für Tunesierinnen und Tunesier nicht mehr benötigt wird.

Julia Scheurer
hat in Berlin Politikwissenschaft studiert und freundet sich gerade mit einer anderen deutschen B-Stadt - mit Bochum an.
Dort versucht sie als Referentin für Öffentlichkeitsarbeit beim Flüchtlingsrat NRW, Euphemismen wie „sichere Herkunftsländer“ oder „Integrationsgesetz“ offenzulegen.